

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich MdB zur Verabschiedung der „Sicherheitsgesetze“: Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit wird unter Polizeiaufsicht gestellt.

Seite 1

Josef Vosen MdB zum Kostenaspekt beim Streit um Wackersdorf: Wir wollen und brauchen keine Wiederaufarbeitung.

Seite 3

Lothar Fischer MdB zur 25-Jahr-Feier der Europäischen Weltraumorganisation (ESA): Raumfahrtengagement muß für die Wirtschaft mehr als ein „Qualitätssprung ins Unerwartete“ sein.

Seite 5

Klaus Sommerkorn MdL zu einer Initiative der SPD im Bayerischen Landtag: Stoltenberg soll Tiefflug-Terror beseitigen.

Seite 6

44. Jahrgang / 77

21. April 1989

Zur Verabschiedung der „Sicherheitsgesetze“

Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit wird unter Polizeiaufsicht gestellt

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes, der von der Regierungskoalition zu Täuschungszwecken als erstes Sicherheitsgesetz bezeichnet worden ist, haben CDU und CSU erneut die Rechtsstaatlichkeit und die politische Freiheit eingeschränkt.

Wieder einmal hat sich die FDP als Mehrheitsbeschaffer für eine reaktionäre law-and-order-Politik mißbrauchen lassen und liberale Grundsätze mit Füßen getreten.

Zukünftig ist mit Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis bedroht, wer zum Beispiel einen Motorradhelm oder einen Regenmantel, unter Umständen auch schon eine Sonnenbrille oder einen Schal bei einer Demonstration oder auf dem Wege zu einer Demonstration mit sich führt.

Der Hinweis, die Gerichte würden für eine einschränkende Auslegung der uferlosen Gesetzeformulierung sorgen, begründet allenfalls eine schwache Hoffnung, geht aber daran vorbei, daß in diesen Fällen jedenfalls polizeiliche Maßnahmen gegen Bürger bis hin zur Festnahme möglich werden. Daß gegen friedliche Demonstranten eingeschritten werden kann, daß infolgedessen Bürger eingeschüchtert werden, ihr Demonstrationsrecht als das essentielle und wirksamste politische Freiheitsrecht des kleinen Mannes wahrzunehmen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltet Druckwerk
mit innovativer Reaktions-
Reaktion-Folien



Bei Versammlungen und auch „im Zusammenhang“ (was heißt das?) mit Versammlungen dürfen zukünftig Versammlungsteilnehmer von der Polizei fotografiert, gefilmt und abgehört werden, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen“.

Diese Maßnahmen dürfen sich auch gegen Dritte richten. Wenn die Polizei das so will, kann also in der rauhen Wirklichkeit im Ergebnis jeder Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung fotografiert, gefilmt oder abgehört werden. Damit wird das Grundrecht der Versammlungsfreiheit unter Polizeiaufsicht gestellt.

Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr, also die Vorbeugehaft, die nur in ganz besonders exceptionalen Fällen hingenommen werden kann, wird auf Fälle des schweren Landfriedensbruchs erstreckt.

Die Aufforderung zur Teilnahme an Versammlungen, die polizeilich untersagt werden, wird selbst dann unter Strafe gestellt, wenn die Untersagungsverfügung nur vollziehbar, aber noch nicht rechtskräftig, also unter Umständen rechtswidrig ist.

Die unsägliche Kronzeugenregelung, mit der sich Terroristen durch Verrat (die stets auch eine falsche Anschuldigung sein kann) der Strafverfolgung entziehen können, wird nunmehr zum Bestandteil unserer Rechtsordnung: Welch ein abstruser Widerspruch.

Diese, die politische Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit beschädigenden Gesetzesänderungen werden damit gerechtfertigt, daß dadurch gewalttätige Ausschreitungen bei Demonstrationen und anderen friedensstörenden Gewalttaten wirksamer bekämpft werden könnten. Nichts ist falscher als diese Behauptung.

Das Ergebnis wird vielmehr sein: friedliche Bürger werden eingeschüchtert und verfolgt, Gewalttäter, insbesondere organisierte, lassen sich von diesen neuen gesetzlichen Regelungen nicht abschrecken.

Dadurch, daß die Polizei gezwungen wird, auch gegen friedliche Bürger vorzugehen, wird es vielmehr zu Eskalationen kommen und infolgedessen - von beiden Seiten - zu mehr Gewalt.

(-/21.4.1989/vo-he/rs)

* * *

Wir wollen und brauchen keine Wiederaufarbeitung

Zum Kostenaspekt beim Streit um Wackersdorf

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Die Entsorgung mit Wiederaufarbeitung ist unwirtschaftlich. Der Entsorgungsweg der direkten Endlagerung ist weitaus billiger.

Die Verantwortlichen der deutschen Atomwirtschaft ziehen nach und nach die Konsequenzen aus dieser lange bekannten Tatsache. Nach der VEBA und dem RWE müssen dies jetzt nur noch die übrige Atomwirtschaft, die Bundesregierung und die CDU/CSU-geführten Landesregierungen einsehen.

Das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln (EWI) kommt im Rahmen der Systemstudie „Andere Entsorgungstechniken“ (PAE), die der Regierungsentscheidung für den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf zugrunde lag, zu dem Ergebnis, daß die Kosten für den Entsorgungsweg mit Wiederaufarbeitung mit insgesamt 1.592 DM pro Kilogramm Schwermetall im Vergleich zum direkten Entsorgungsweg - Zerlegung und Verpackung der Brennelemente in Endlagerbehälter (Konditionierung) und Endlagerung - mit 1.112 DM pro Kilogramm Schwermetall um 43 Prozent höher sind.

Diese Aussage des EWI ist jedoch weitaus zu optimistisch, wenn man berücksichtigt, daß wesentliche Parameter für den Wiederaufarbeitungsweg offensichtlich zu niedrig angesetzt sind.

Die Kosten der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf als Demonstrationsanlage sind in die Modellrechnung nicht einbezogen worden.

Die Investitionskosten der Modellrechnung, die fiktiv von einer im Jahr 2000 in Betrieb gehenden Anlage für 700 Tonnen pro Jahr ausgeht (Wackersdorf 350 Tonnen pro Jahr), wurden deutlich unter der für die konkrete Anlage Wackersdorf angesetzt. Während der Bauzeit solcher und vergleichbarer Anlagen sind die Kosten darüber hinaus immer explosionsartig gestiegen.

Es wurde eine Verfügbarkeit von 75 Prozent zugrunde gelegt (6.500 Stunden pro Jahr). Eine so hohe Verfügbarkeit wurde in den weltweit arbeitenden Anlagen bisher nicht erreicht.

Für die Fertigung von Mischoxid-Brennelementen setzte das EWI Kostenschätzungen an, die um 60 Prozent unter den gegenwärtigen Fertigungskosten liegen. Darüber hinaus wurden erheblich zu hohe Uranpreise zugrunde gelegt.

Auf der anderen Seite werden die Kosten bei der direkten Endlagerung durch Serienfertigung und Kapazitätserhöhung der Endlagerbehälter mit Sicherheit sinken.

Schließlich geht die Kostenberechnung von einem langfristig geltenden Dollarwechsellkurs von 2,30 DM aus. Bei weiter sinkendem Dollar wird sich die Kostendifferenz zugunsten der direkten Endlagerung noch weiter erhöhen.

Der errechnete Kostenvorteil zugunsten der direkten Endlagerung wird sich weiter erhöhen, wenn die Anlagekosten der Wackersdorfer Anlage wegen längerer Bauzeit, zusätzlicher Auflagen oder unvorhergesehener Kostensteigerungen stärker als angenommen steigen. Dies alles ist zu erwarten.

Diese Annahme wird bereits dadurch bestätigt, daß die Investitionskosten für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf von zunächst geschätzten vier Milliarden DM (1980) auf zehn bis elf Milliarden DM gestiegen sind (1985).

Die Mehrbelastung der deutschen Elektrizitätswirtschaft wird sich - nach EWI - bezogen auf das Jahr 2000 auf mindestens 350 Millionen DM pro Jahr belaufen. Unter Einbeziehung der Kosten der im EWI-Gutachten nicht enthaltenen Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf und deren spezifisch höheren Kosten steigt dieser jährliche Mehrbetrag auf etwa 1,5 Milliarden DM an. Dies wird auch durch die Angaben des Deutschen Atomforums selbst gedeckt, die in ihrer Analyse 16 vom August 1985 (die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf) von einer Kostenbelastung des Strompreises von circa 1,5 Pfennig/kWh spricht. Bei rund 125 Milliarden kWh derzeitiger Kernenergie-Stromerzeugung macht dies etwa 1,8 Milliarden DM/Jahr aus.

Die demnach noch zu erwartende Verbesserung des Kostenvorteils der direkten Endlagerung gegenüber dem Entsorgungsweg mit Wiederaufarbeitung wird deshalb dazu führen, daß schon nach dem geltenden Wortlaut des § 9 a des Atomgesetzes die Wiederaufarbeitung nicht geboten ist (direkte Endlagerung, soweit Verwertung wirtschaftlich nicht vertretbar).

Wenn demgegenüber juristisch argumentiert wird, die wirtschaftliche Vertretbarkeit sei solange gegeben, wie die Belastbarkeit der Elektrizitätswirtschaft gegeben sei, so widerspricht dies der wirtschaftlichen Vernunft. Da die Elektrizitätswirtschaft die Strompreise auf die Kunden umlegen kann, würde diese Interpretation zu einer modernen Variante des Raubrittertums führen.

Wenn die Wiederaufarbeitung von der VEBA jetzt mit Frankreich angesteuert wird und wenn für diese Entscheidung die geltenden nationalen Entsorgungsgrundsätze erhalten müssen, dann ist es höchste Zeit, daß diese Entsorgungsgrundsätze geändert werden. Denn wir wollen und brauchen die Wiederaufarbeitung auch in Frankreich nicht.

Auch mit dieser Variante ist die Entsorgung immer noch teurer als der Weg der direkten Endlagerung.
(-/21.4.1989/vo-he/rs)

* * *

Raumfahrtengagement muß für die Wirtschaft mehr als ein „Qualitätssprung ins Unerwartete“ sein

Zur 25-Jahr-Feier der Europäischen Weltraumorganisation (ESA)

Von Lothar Fischer MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Trotz des meist zögerlichen Bundesforschungsministers Heinz Riesenhuber und einer in weiten Bereichen konzeptionslosen Raumfahrtspolitik der Bundesregierung können die USA, die ihr angeschlossenen 13 Mitgliedsländer und ihr deutscher Generaldirektor Professor Reimar Lüst auf einige beachtenswerte Leistungen zurückblicken.

Speziell die Europarakete ARIANE ist forschungs- und wirtschaftspolitisch ein Erfolg. ARIANE-SPACE liegen zur Zeit über 50 Aufträge für neue ARIANE IV-Raketen vor, sie gestatten es, die Serienerzeugung der europäischen Trägerrakete in kürzeren Fristen und mit größerer Zuverlässigkeit durchzuführen und auf dem Weltmarkt der kommerziellen Startdienste gegenüber einer gestiegenen Konkurrenz zu bestehen.

Trotz dieses Jubiläums gibt es gerade am deutschen Anteil an der europäischen Raumfahrt berechtigte Kritik. Während Professor Lüst in erster Linie die Darstellung der Raumfahrt durch die Bundesregierung beanstandet, wird von vielen Raumfahrtexperten dem Bundesforschungsminister vorgehalten, die deutschen Interessen in der ESA nur mangelhaft zu vertreten. Kritisiert wird unter anderem, daß nach eineinhalb Jahren noch immer kein tragfähiges und überzeugendes Konzept zu einer deutschen Raumfahrtagentur (DARA) vorliegt.

Kontrovers diskutiert wird heute weniger ein grundsätzliches Engagement in der Raumfahrt, als vielmehr die Beteiligung an allen in Den Haag 1987 beschlossenen Großprojekten „ARIANE V“, „HERMES“ und „COLUMBUS“. Während es bei ARIANE von fast allen Seiten Zustimmung gibt, stößt die schon jetzt veraltete Konzeption des Raumgleiters HERMES und die unter Umständen mögliche militärische Forschung bei der internationalen Raumstation COLUMBUS bei der SPD und vielen Wissenschaftlern auf breite Ablehnung.

Die auf dem DIHT-Symposium von der Industrie vorgetragene Kritik an der deutschen Raumfahrtspolitik orientiert sich an drei Punkten. Kritisiert wird der bisher kaum erkennbare Nutzen der deutschen Wirtschaft an den Großprojekten und die Benachteiligung kleiner und mittlerer Firmen, die sich durch die geplante Mammutfusion zwischen MBB und Daimler eher noch erhöhen wird. Schließlich wird deutlich die Befürchtung geäußert, daß die für die Raumfahrt benötigten umfangreichen Finanzmittel, anderen wirtschaftlich interessanteren Forschungsbereichen fehlen werden.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die euphoristischen und teilweise blumigen Äußerungen des Forschungsministers wie zum Beispiel „Wir erleben hier gerade einen Qualitätssprung ins Unerwartete“ bei der Industrie nicht nur auf Unverständnis, sondern auch auf wenig Gegenliebe stoßen.

(-/21.4.1989/va-he/rs)

* * *

Stoltenberg soll Tiefflug-Terror beseitigen

Zu einer Initiative der SPD im Bayerischen Landtag

Von Klaus Sommerkorn MdL

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag erwartet, daß der designierte Verteidigungsminister der Kohl-Regierung, Gerhard Stoltenberg, umgehend ein Verteidigungskonzept ausarbeitet, das den endgültigen Verzicht auf Tiefflug möglich macht. Zigtausende von Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik setzen ihre ganze Hoffnung auf den Ministerwechsel. Die Bürger erwarten, daß sämtliche Tiefflüge eingestellt werden. Dazu ist es erforderlich, daß der neue Verteidigungsminister mit den Alliierten umgehend über die Änderung des Truppenstatuts verhandelt.

Ihr Anteil an den militärischen Tiefflügen liegt bei 60 Prozent. Ferner verlangt die bayerische SPD-Fraktion, daß die Untersuchungen des Bundesumweltamtes über die gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Fluglärms der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Pläne des Hardliners Scholz zur Auflösung der sieben Tiefstflug-Areas und der Lärmverteilung über die gesamte Bundesrepublik müssen dagegen sofort in den Papierkorb.

Die bayerische SPD führt seit Jahren einen hartnäckigen Kampf gegen den „Tiefflugterror“ in der fränkisch-schwäbischen Area 7. Dort leidet die Bevölkerung in einem unvorstellbaren Ausmaß unter den Jets der Bundeswehr und der Alliierten. Vor allem bei Kindern und älteren Menschen treten Gesundheitsstörungen auf. Die Proteste und Klagen der Bevölkerung sind von den CDU-Verteidigungsministern bisher ebenso abgeprallt wie von den Ministerpräsidenten der CSU in Bayern.

Der Ministerwechsel in Bonn zwingt auch die Bayerische Staatsregierung dazu, ihr Schwarzes-Peter-Spiel aufzugeben. Bisher haben sich die bayerischen Minister stets mit dem Hinweis auf ihre „Unzuständigkeit“ um ein klares Nein zum Tiefflug herumgedrückt. Diese Ausrede wird künftig nicht mehr geglaubt, nachdem nun der CSU-Vorsitzende im Bonner Kabinett mitbestimmen und mitentscheiden wird. Wir werden die Bayerische Staatsregierung im Parlament zwingen, in dieser Frage Farbe zu bekennen.

(-/21.4.1989/vo-he/rs)

* * *